

VORTRAG

Rede von

FRIEDRICH MERZ

Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

**vor dem Übersee-Club Hamburg
anlässlich des Großen Übersee-Tags**

Donnerstag, 7. Mai 2026

Es gilt das gesprochene Wort.



Sehr geehrter Herr Präsident des Übersee-Clubs, lieber Herr Vogelsang,
sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister,
sehr geehrte Vertreter und Vertreterinnen des Diplomatischen und des
Konsularischen Korps,
liebe Kolleginnen und Kollegen der Parlamente,
sehr geehrte Ehrenbürger der Freien und Hansestadt Hamburg,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

herzlichen Dank für Ihre Einladung und die freundliche Begrüßung zu diesem tradi-
tionsreichen Ereignis am heutigen Tag!

Man wird vermutlich so schnell keinen zweiten Ort in der Bundesrepublik Deutschland
mit vergleichbarer Tradition eines gemeinsamen Austausches über die Grundsatz-
und Zukunftsfragen unseres Landes finden wie den hier. Nun sind wir mit dem Wort
„traditionsreich“ manchmal schnell bei der Hand. Aber hier gilt es nun wirklich, schon
allein aufgrund der Reden, die seit den 1920er-Jahren hier gehalten werden. Sie sind
sozusagen eine kleine Geschichte der Weimarer Republik und dann der Bundesrepublik
Deutschland.

Ich hatte die Ehre, vor 26 Jahren schon einmal Ihr Gast zu sein. Ich habe mir zum Anlass
des heutigen Tages meine eigene damalige Rede aus dem Jahr 2000 noch einmal an-
gesehen. Damals habe ich kritisch, auch etwas selbstkritisch, davon gesprochen, dass
wir in der Politik unsere politischen Entscheidungen zu häufig nicht im Kontext eines
größeren Zusammenhangs begründen. „Punktualismus“ habe ich das damals genannt.
Nun, dieser Blick auf den größeren Zusammenhang ist heute vermutlich noch wichtiger
als vor einem Vierteljahrhundert. Sie haben es, Herr Vogelsang, angesprochen und Sie,
Herr Bürgermeister, auch: Wir erleben einen Epochenbruch, den wir seit geraumer
Zeit mit zunehmender Besorgnis begleiten, einen Epochenbruch, den wir mitgestalten



müssen. Meine Damen und Herren, ich möchte also diese Gelegenheit heute gern zum Anlass nehmen, mir den Raum zu nehmen, wie es die Kultur des Übersee-Clubs ja vorsieht, etwas mehr vom Grundsätzlichen und etwas weniger vom Täglichen zu sprechen.

Ich möchte mit dem Ziel beginnen, dem sich die Arbeit der von mir geführten Bundesregierung von Anfang an unterordnet, mit dem Ziel, das alle Dringlichkeit erklärt, mit dem Ziel, das alle Mühen wert ist. Dieses Ziel ist auf den ersten Blick bescheidener als bei manchem großen politischen Projekt, vielleicht auch bescheidener als bei manchem großen ideologischen Projekt. Denn das Ziel ist genau das Gegenteil von Ideologie und Dogmatismus. Unsere Politik ist ganz einfach – und das sage ich hier, in diesem traditionsreichen Haus – aus dem Geist der Freiheit für die Freiheit gemacht. Der Philosoph Joachim Ritter, der unweit von hier in Geesthacht bei Hamburg geboren worden ist, gab es uns in den richtigen Worten mit auf den Weg: „Die Politik“, so sagt er, „kann nicht selbst das Glück schaffen, das sie herbeiführen und sichern soll; dies bleibt Sache der Einzelnen und ihres persönlichen Lebens.“ – Ja, meine Damen und Herren, die Politik darf sich nicht anmaßen, sozusagen die Zukunft für jeden Einzelnen und bis ins Detail vorzugeben. Aber sie muss und sie kann für eine Zukunft arbeiten, in der es Freiheit gibt, und das ist mein und auch unser Zielbild für unser Land, dass es eben keine neuen Verhältnisse der Unterdrückung, der Willkür, des Zwangs in Deutschland und in Europa gibt, dass auch künftig alle Generationen ihren Mut, ihre Fantasie entfalten können, dass sie innovativ zum Wohl aller sein dürfen, dass Platz ist für Dialog, für Aufstieg, für die Selbstentfaltung aller Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

Wir sind in den letzten 76 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland sehr erfolgreich darin gewesen, genau eine solche Freiheitsordnung zu verwirklichen. Es ist uns etwas gelungen in unserem Land, nach und nach auch in Europa, das uns dem Menschheitstraum der Freiheit so nahegebracht hat wie wohl kaum jemals zuvor in unserer Geschichte. Gleichzeitig müssen wir heute feststellen: Diese historische Leistung steht heute auf dem Spiel. Die Gründe und Ursachen dafür liegen zum Teil bei uns selbst. Zum Teil liegen sie im beschleunigten geopolitischen und geoökonomischen Wandel, den wir derzeit erleben und zum Teil erleiden und bei dem wir uns gleichzeitig bemühen wollen, ihn mitzugestalten. Lange hat sich die Welt insgesamt – zumindest war das unser Eindruck – parallel zu unserem Land und parallel zu Europa in diese Richtung entwickelt, im Sinne dieses liberalen Zielbildes. Aber der weltpolitische, auch der welthistorische Wind hat sich gedreht, und das spüren wir alle mit wachsender Intensität.

Diese liberale Weltordnung, sie gibt es so nicht mehr. Diese Institutionen, die die, wie wir gesagt haben, regelbasierte Ordnung gewährleistet haben, büßen massiv an Gestaltungskraft ein. Sie sind zu einem beachtlichen Teil gar nicht mehr in der Lage, diese regelbasierte Weltordnung, wie wir sie kennengelernt haben, auch durchzusetzen. Wir sind im Gegenteil in eine neue Ära offener Großmachtspolitik eingetreten, des Kampfes um Einflussphären in der gesamten Welt. Wir erleben eine neue Vermachtung auch der Weltwirtschaft. Wir erleben die Einschränkung des Freihandels, wir erleben Protektionismus, wir sehen Zölle, wir sehen einen ungebremsten Subventionswettlauf.

Wir erleben in diesen Tagen auch die Einschränkung der freien Seefahrt, die – wer wüsste das besser als Sie alle hier in Hamburg? – am Beginn der Moderne, der Industrialisierung, der Globalisierung, des wirtschaftlichen Aufstieges unseres Landes, unseres Kontinentes, ja, der ganzen Welt stand. Meine Damen und Herren, Sie wissen es, aber lassen Sie mich es noch einmal für uns alle auch in Erinnerung rufen. 80 bis



90 Prozent des Welthandels gehen über die Meere, und der Umfang dieser Seefracht hat sich in den letzten 50 Jahren versechsfacht. Wir sehen allein an diesen Zahlen, was offene Seewege und ein offener und freier Handel bedeuten. Sie haben es gesagt, Herr Dr. Vogelsang: Für eine Industrie- und Handelsnation, wie wir es sind, für die internationale Wirtschaft überhaupt, ist die uneingeschränkte Nutzung der globalen Seewege, ist maritime Sicherheit von tatsächlich existenzieller Bedeutung. Das heißt, Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft sind heute mehr denn je zwei Seiten derselben Medaille. Wie schnell wir in diesen Bereichen vorankommen – Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit –, entscheidet maßgeblich darüber, wie gut, wie frei, wie wohlhabend wir in Deutschland im weiteren Verlauf des 21. Jahrhunderts leben werden.

Wir haben also in beiden Bereichen erheblichen Handlungsbedarf. Wirtschaftlich und auch technologisch haben wir in Deutschland Vorsprung eingebüßt, zum Teil durch versäumte Reformen, zum Teil durch grobe Fehleinschätzungen in der Vergangenheit. Unsere Volkswirtschaft wächst seit spätestens 2019 nicht mehr. Wir erleben zugleich einen Rückgang der Industrieproduktion. Wir sehen stagnierende private Investitionen. Die günstigen externen Bedingungen der vergangenen Jahre haben über lange Zeit verdeckt, dass sich bei uns erhebliche Standortprobleme verfestigt haben. Die Innovationskraft in unserem Land, die wir unverändert haben und von der viele von Ihnen ja auch berichten können, wird an zu vielen Stellen zugleich gehemmt und blockiert. Die Steuern sind nach wie vor zu hoch. Energie ist zu teuer. Die Bürokratie ist ausufernd. Die Sozialversicherungsbeiträge liegen schwer auf den Arbeitskosten.

Meine Damen und Herren, das ist sozusagen die Sollseite unserer Gegenwart. Das ist die Mängelliste, mit der die Bundesregierung ihre Arbeit aufgenommen hat. Heute, am ersten Tag des zweiten Jahres, will ich es Ihnen deshalb noch einmal sehr deutlich sagen: Wir haben uns in der Koalition darauf verständigt, dass wir in den vier Jahren, für die uns Regierungsverantwortung übertragen worden ist, diese Mängel im Grundsätzlichen angehen wollen. Nur mit kosmetischen Korrekturen, nur mit Stückwerk werden wir den Herausforderungen, vor denen wir in unserem Land stehen, nicht gerecht werden können.

Mein Eindruck ist, dass das Bewusstsein dafür im ganzen Land, bei den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes, durchaus vorhanden ist. Manchmal habe ich den Eindruck, die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sind in der Realität schneller und besser angekommen als Teile der Politik. Die meisten jedenfalls – und das sind nicht nur Sie – haben das richtige Gefühl, den richtigen Instinkt, dass über ihre Zukunft heute entschieden wird. Sie sind bereit, ihren Beitrag für die Modernisierung unseres Gemeinwesens zu leisten.

Wir haben damit im Bereich der Sicherheitspolitik sehr schnell begonnen. Wir investieren massiv in innere und äußere Sicherheit, in glaubhafte Abschreckung und in die Resilienz unserer Infrastruktur, auch und gerade der maritimen Infrastruktur. Wir wollen – so haben wir es gesagt – die Bundeswehr schnellstmöglich zur stärksten konventionellen Armee Europas machen. Wir stärken damit vor allem auch den europäischen Pfeiler des nordatlantischen Bündnisses. Wir haben die Sicherheitspolitik der Bundesregierung im umfassenden Sinne neu ausgerichtet. Nach über 30-jähriger Diskussion haben wir innerhalb von vier Monaten, gleich zu Beginn der Tätigkeit der Bundesregierung, den Nationalen Sicherheitsrat in Deutschland eingerichtet. Wir haben jetzt erstmalig in Deutschland ein Gremium, das im umfassenden Sinne sicherheitspolitische



Analysen vornimmt, in Auftrag gibt, auswertet und gemeinsam mit allen relevanten Institutionen unseres Landes und, Herr Bürgermeister, unter Einschluss der Länder und gegebenenfalls der Gemeinden sowie aller Hilfsorganisationen in der Lage ist, Hilfe zu organisieren, zu koordinieren und auch aus einer Hand vorzubereiten.

Im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft sind wir inmitten eines Reformprozesses. Ich sage gleich vorweg, das mag nun wieder punktualistisch klingen, aber das lässt sich bei einem Bericht aus dem laufenden Maschinenraum der Politik nicht ganz verhindern. Ich weise deshalb darauf hin, dass jede der vielen Einzelmaßnahmen, die wir in der Bundesregierung schon getroffen haben und weiterhin treffen und an denen wir weiterhin arbeiten, einer Grundsatzentscheidung und einer Gesamtschau folgt, nämlich der Gesamtschau und der Grundsatzentscheidung für mehr Freiheit, für mehr Selbstverantwortung, einer Grundsatzentscheidung für mehr Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Wir wollen, um es mit anderen Worten zu sagen, dem ordnungspolitischen Grundgedanken der Bundesrepublik Deutschland, diesem Gedanken, der unser Land groß gemacht hat, wieder zur Geltung verhelfen.

Das bedeutet in der Praxis die Stärkung und nicht die Schwächung von Eigenverantwortung, die Stärkung und nicht die Schwächung unternehmerischer Freiheit, die Korrekturen am Sozialstaat, aber nicht seine Beseitigung, sodass er dort wieder zielgenau und wirksam werden kann, wo er wirklich gebraucht wird.

Wir haben in diesem Sinne im vergangenen Jahr unmittelbar nach dem Antritt der Regierung die Körperschaftssteuer gesenkt. Wir haben die Abschreibungsmöglichkeiten verbessert, um den Unternehmen Investitionsanreize zu geben. Wir haben ein beispielloses Investitionsprogramm auf den Weg gebracht, das übrigens auch den Wasserstraßen in unserem Land zugutekommt. Wir setzen eine ehrgeizige Digitalisierungs- und Staatsmodernisierungsagenda um und eine gemeinsam beschlossene föderale Modernisierungsagenda mit den Ländern. Danke, Herr Bürgermeister, dass Sie das aufgegriffen haben! Ich ermutige und ermuntere alle Bundesländer, dem Beispiel anderer zu folgen, und so wie in Hamburg, so wie in Nordrhein-Westfalen die ersten Entscheidungen schon zu treffen, bevor der Bund sie für alle getroffen hat. Lassen Sie uns gemeinsam auf diesem Weg eines nachhaltigen Rückbaus unserer Bürokratie weiter vorangehen!

Wir werden Berichts-, Dokumentations- und Nachweispflichten weiter reduzieren. Wir werden Unternehmensgründungen in Deutschland beschleunigen, vereinfachen und digitalisieren. Wir wollen und müssen Energie wieder bezahlbar machen. Wir arbeiten an langfristig tragfähigen Weichenstellungen durch eine Energiewende im Geiste des Pragmatismus, eine Energiewende mit dem Fokus auf Kosteneffizienz und Versorgungssicherheit.

Last, but not least: Der internationale Nordsee-Gipfel, den wir vor wenigen Monaten auch hier in Hamburg abgehalten haben, ist eine wichtige Wegmarke. Denn wir haben gemeinsam mit unseren Partnern der Nordseeanrainerstaaten einen sehr konkreten Aktionsplan zur Planung und Koordinierung von Energieprojekten in der Nordsee verabschiedet, der nun zügig implementiert wird. Auch das will ich hinzufügen: Wir haben hier in Hamburg mit der dänischen Ministerpräsidentin ein bilaterales Abkommen, den Bornholm Energy Hub, vereinbart und aus der Taufe gehoben, das erste Projekt dieser Art in Europa, dem jetzt mehrere vergleichbare folgen werden.



Meine Damen und Herren, wir sind nun also mitten in der zweiten Reformrunde einer umfassenden Modernisierung unserer sozialen Sicherungssysteme. Eine grundlegende Reform unseres Gesundheitssystems haben wir in der vergangenen Woche im Kabinett verabschiedet. Es ist eine wirklich historische Reform, die größte Reform seit über 20 Jahren in diesem Bereich. Der Gesetzentwurf wird schon im nächsten Jahr zu Kostenentlastungen der gesetzlichen Krankenversicherung in Höhe von 16 Milliarden Euro führen. Bis 2030 steigt das Volumen der Kostenentlastungen auf fast 40 Milliarden Euro. Täten wir das nicht, müssten die Beiträge allein für die gesetzliche Krankenversicherung um zwei Prozentpunkte steigen.

Noch in diesem Monat folgt die Reform der sozialen Pflegeversicherung, und noch vor der Sommerpause werden wir die Eckpunkte einer großen Rentenreform im Kabinett behandeln, alles mit dem Ziel, die soziale Sicherung in Deutschland zu erhalten, sie aber auch finanzierbar zu erhalten und die Sozialbeiträge zu stabilisieren.

Ja, meine Damen und Herren, das ist politische Kärnerarbeit, die wir hier verrichten. Wir holen in wenigen Monaten eine Arbeit nach, die zum Teil seit Jahren versäumt worden ist. Ich weiß, dass es auch vielen von Ihnen immer noch nicht schnell genug geht. Ich weiß, dass Sie alle unter dem Lärm, der im Maschinenraum der Demokratie nun einmal herrscht, auch ein wenig leiden. Aber wir arbeiten in der Bundesregierung mit dem Anspruch, dass das, was wir tun, für mehrere Jahre, vielleicht für ein Jahrzehnt in der Zukunft tragfähig ist. Das heißt auch, dass es von der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes mitgetragen werden muss. Ein Reformprozess ist eben genau das: Reform und Prozess. Es geht schrittweise voran. Aber unterschätzen Sie deswegen nicht meine Entschlossenheit bei dieser Aufgabe und die Entschlossenheit der Bundesregierung als Ganzes. Wir wissen, was auf dem Spiel steht. Wir wissen, dass über unsere Entscheidungen heute Morgen die Geschichte urteilen wird. Vor allem über ausbleibende Entscheidungen würde diese Geschichte hart urteilen.

Das, was wir in den nächsten Monaten und Jahren also entscheiden, wird erheblichen Einfluss darauf nehmen, wie unser Land in der neuen Weltordnung positioniert ist, wie aber auch Europa positioniert sein wird. Wir sind – das wissen wir alle – mit Abstand das bevölkerungsreichste und wirtschaftlich stärkste Land der Europäischen Union. Das ist keine deutsche Hybris, sondern die geostrategische Lage unseres Landes. Ohne ein starkes Deutschland gibt es keine gute Zukunft für das europäische Freiheitsprojekt. Mit einem starken Deutschland in einem starken Europa haben wir Europäerinnen und Europäer dagegen alle Chancen, den Kurs mitzubestimmen, den die Welt einschlägt, und zwar im Sinne der Freiheit und des Friedens.

Erlauben Sie mir daher, auch das mit Nachdruck noch einmal zu sagen, gewissermaßen in der guten Tradition Ihres Clubs, denn die Pioniere der europäischen Einigung haben ja alle hier gesprochen: Konrad Adenauer, Valéry Giscard d'Estaing, Helmut Kohl, François Mitterrand und andere. Unsere Aufgabe heute ist es, weitere überfällige Einigungsschritte zu gehen, konkret, die sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit zu vertiefen, den Binnenmarkt weiter zu stärken und in einer koordinierten Kraftanstrengung die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen zu verbessern.

Für Europa haben wir einen solchen Fahrplan, um diese Aufgaben zu bewältigen. Die Berichte von Enrico Letta und Mario Draghi für eine Reform des europäischen Binnenmarktes und für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union



liegen uns vor. Es ist höchste Zeit, ihren Empfehlungen auch entschlossen zu folgen. Dafür brauchen wir eine Wachstums- und Wettbewerbsfähigkeitsagenda. Ich bin sehr dankbar, dass wir eine solche Agenda maßgeblich auch auf mein Betreiben hin bei unserem sogenannten Retreat der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union Mitte Februar in Alden Biesen entworfen haben, dass wir sie dann bei der Sitzung des Europäischen Rates im März in Brüssel mit konkreten Aufträgen, Projekten und Fristen hinterlegt und sie nun beim informellen Europäischen Rat vor wenigen Tagen auf der Insel Zypern als politischen Plan auch fest miteinander beschlossen haben, Parlament, Rat und Kommission.

Wenn Europa den Weg in Richtung von mehr Binnenmarkt und mehr Wettbewerbsfähigkeit jetzt wirklich entschlossen geht, dann liegen genau darin gerade für Deutschland auch enorme Wachstums- und Innovationspotenziale. Denn die Neusortierung der Welt, meine Damen und Herren, ist nicht nur eine Bedrohung. Ja, das ist sie. Aber sie ist genauso auch eine Chance für uns, für uns in Deutschland, für uns in Europa. Eine Mehrheit der Staaten der Welt zieht bei Weitem immer noch den Weg des Freihandels, des Multilateralismus, des Miteinanders dem autokratischen Weg der Abschottung vor. Wir als Europa haben mit 450 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern, 100 Millionen Einwohner mehr als in den Vereinigten Staaten von Amerika, ein Angebot zu machen, das die großen aufstrebenden Staaten und Märkte annehmen wollen und auch schon angenommen haben. Sehen wir uns etwa die Reihe der neuen Handelsabkommen an, die innerhalb kurzer Zeit abgeschlossen worden sind oder sich im Abschluss befinden, zuallererst – Sie haben es genannt – das MERCOSUR-Abkommen mit den südamerikanischen Staaten. Gehen wir diesen Weg also weiter. Er wird alle beteiligten Volkswirtschaften stärker, unabhängiger und widerstandsfähiger machen.

Meine Damen und Herren, ich komme noch einmal zum Beginn meiner Rede zurück. Die Reden, die hier im Übersee-Club gehalten worden sind, ergeben eine wunderbare Chronik der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Wir können im Rückblick ziemlich klar sehen, dass Veränderung zum Guten wie auch zum Schlechten meist aus Situationen hervorgegangen ist, in denen sich die Krisen geballt und verdichtet haben, in denen gehandelt werden musste. Es spricht alles dafür, dass wir heute wieder in einer solchen Zeit leben. Das zu wissen, das sollte uns alle anspornen, unser Bestes zu geben. Wir haben etwas zu verteidigen. Wir haben aber auch ein Zielbild, auf das es sich hinzustreben lohnt. Wir haben auch etwas zu beweisen, denn ob wir es nun wollen oder nicht, hat die neue Weltordnung auch die Gestalt eines Systemwettbewerbs. Wir hören selbst in der transatlantischen Welt die Frage laut werden, ob nicht Autokratien vielleicht doch erfolgreicher sein könnten als Demokratien, ob nicht illiberale Ordnungen schneller und besser sind als liberale Ordnungen.

So, wie es aussieht, reicht es auch nicht mehr, Worte und gelebte Worte dagegenzusetzen, so wichtig es bleibt, dass wir von Menschenwürde, von menschlicher Freiheit, von demokratischen Werten und Tugenden sprechen und hierzulande auch danach leben. Aber in einer Welt, in der militärische Stärke und wirtschaftliche Stärke wieder harte Währungen sind, müssen wir wehrhafter und müssen wir wieder innovativer und wettbewerbsfähiger werden. Die Bundesrepublik Deutschland ist dazu gut in der Lage. Europa ist dazu gut in der Lage. Ohne Anstrengung wird das allerdings nicht gehen. Es wird aber auch nicht ohne Zuversicht und ohne ein Grundvertrauen in unser Land, in unsere Gesellschaft, in unsere Institutionen, in unsere demokratische Ordnung gehen.



Wenn Sie mir diese Bemerkung zum Schluss noch erlauben, sage ich: Es wird nicht ohne den Geist der starken und stolzen Hansestädte gehen. Sie sind buchstäblich unser Tor zur Welt und stehen für eben genau diese Weltoffenheit und für die Freiheit im Denken, die wir uns alle erhalten wollen. Das zeigen nicht zuletzt auch die acht Stipendiatinnen und Stipendiaten des Übersee-Clubs, die wir gleich hier sehen werden und die in die Welt hinausgehen, zum Beispiel nach Tansania, nach Südkorea, nach Indien.

Meine Damen und Herren, in der ordnungsverliebten antiken Welt hat so mancher Denker – das wissen Sie vermutlich – mit großem Argwohn auf die Städte am Meer geblickt. Man war der Meinung, dass die naturgegebene Weltoffenheit, der rege Handel mit anderen Regionen, das Umherschweifen, wie es genannt wurde, zur See die Sitten der Stadtgemeinschaft früher oder später korrumpieren, verderben und verweichlichen werde. Herr Bürgermeister, nicht zuletzt diese stolze Stadt hat bewiesen, dass das Gegenteil der Fall ist. Es liegt ein Segen auf diesem Umherschweifen, auf dem Handel, auf der Weltoffenheit und dem Streben nach Freiheit. Diesen Beweis zu erbringen, das ist unsere Aufgabe heute und morgen in Deutschland und in Europa.

Herzlichen Dank!

